

# Beamtenpolitisches Spitzengespräch

## Fortschritt und Stillstand liegen nah beieinander

Regelmäßig treffen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Hausspitzen von Staatsministerium (StaMi), Finanzministerium (FM) und Innenministerium (IM), um sich zu den wichtigsten beamtenpolitischen Entwicklungen im Land auszutauschen. Ende November war es wieder so weit.

### Besoldungsanpassung und Pauschale Beihilfe gehen an den Start

Mit der Anpassung der Besoldung und der Pauschalen Beihilfe stehen zum 01.12.2022 bzw. 01.01.2023 größere Veränderungen bei den Beamtinnen und Beamten im Land an. Der DGB begrüßt beide Vorhaben und hat gleichzeitig die Gelegenheit genutzt einige kritische Punkte anzubringen. Bei der Alimentation wird es aus Sicht des DGB darauf ankommen die aktuellen Entwicklungen in der Sozialpolitik weiter im Blick zu haben (Stichwort Bürgergeld). Das zuständige FM hat zugesichert, dass die aktuelle Entwicklung beobachtet wird. Aktuell hat das FM jedoch keine Anhaltspunkte, dass eine weitere Anpassung der Besoldung aufgrund der aktuellen Entwicklung notwendig ist.

Die Pauschale Beihilfe ist aktuell in den letzten Zügen des parlamentarischen Verfahrens. Die Einführung der Pauschalen Beihilfe ist Ergebnis langjähriger Bemühungen des DGB und ein toller Erfolg.

Nach Abschluss des laufenden Verfahrens sollen alle Beihilfeberechtigten über die ergänzende neue Form der Beihilfe informiert werden. Dies hatte der DGB im Rahmen des Gesprächs eingefordert und begrüßt es ausdrücklich, dass das FM dem folgt.

### Lebensarbeitszeitkonten

Im kommenden Jahr plant das Land auch beim Thema Lebensarbeitszeitkonten einen nächsten Schritt zu tun. So sollen alle Vorbereitungen getroffen werden, dass die Konten zum 01.01.2024 eingeführt werden können. Der DGB hat hier seine konstruktiv kritische Haltung nochmals bekräftigt.

Es muss sichergestellt sein, dass die positiven Effekte von Lebensarbeitszeitkonten auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommen.

Außerdem bleibt der DGB bei seiner Haltung, dass die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten dringend abgesenkt werden muss. Die 41-Stunden Woche ist ungesund und konterkariert alle Bemühungen des Landes, neue Beamtinnen und Beamte für Baden-Württemberg zu gewinnen.

### Wegstreckenentschädigung bleibt ein Ärgernis

Beim Thema Wegstreckenentschädigung hat das StaMi der Forderung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften nach Entlastung eine deutliche Absage erteilt.

Gestützt von Rückmeldungen aus der Praxis sind aus Sicht des DGB die Entschädigungssätze für die Nutzung der Privatfahrzeuge in dienstlichen Zusammenhängen nach wie vor zu niedrig. Insbesondere in besonders belastenden Bereichen, wie z.B. im Forst, sind Nachbesserungen erforderlich.

Das Land sieht jedoch keinen Handlungsbedarf und verweist darauf, dass hohe Spritpreise bereits durch die aktuellen Sätze abgedeckt sind. Weitere Unterhaltskosten, wie Abnutzung, Steuern oder Versicherungen, sind ebenfalls ausreichend in der pauschalen Entschädigung berücksichtigt. Eine weitere Berücksichtigung würde nicht dem Wesen einer pauschalen Abgeltung entsprechen und ist daher nicht vorgesehen.

Aus Sicht des DGB wäre hier mehr Wertschätzung für die Beschäftigten angebracht, denn die Beschäftigten machen Dienstreisen ja nicht zum Vergnügen. Gerade an den Stellen, wo ein Dienstbetrieb nur mit Hilfe der Nutzung privater Fahrzeuge aufrechterhalten werden kann, muss es Nachbesserungen geben. Sollte eine Erhöhung der Entschädigungssätze nicht in Frage kommen, muss der Dienstherr und Arbeitgeber eben für eine bessere Ausstattung der Dienststellen mit Dienstfahrzeugen sorgen.

An diesem und vielen weiteren Themen wird der DGB gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes dranbleiben und sich auch in Zukunft für gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stark machen.